

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Krefeld 1945 – 2008

von Ingrid Schupetta und Johann Schwarz

70 Jahre nach der Zerstörung der Krefelder Synagogen und Bethäuser, 65 Jahre nach der Inbetriebnahme der Öfen von Auschwitz, 60 Jahre nach der Gründung des Staates Israel, wurde in Krefeld 2008 eine neue Synagoge eröffnet. Zum ersten Mal seit der erzwungenen Auswanderung des Rabbiners Dr. Arthur Bluhm gibt es mit Yitzchak Mendel Wagner in Krefeld wieder einen ortsansässigen Rabbiner. Synagogenneubau und Rabbinerwahl deuten auf einen Einschnitt in der Entwicklung der jüdischen Gemeinde hin: das endgültige Ende der Nachkriegszeit. Ein Ende und ein Neubeginn bieten immer gute Gelegenheit, sich mit den zurückliegenden Abschnitten der Geschichte zu beschäftigen. Dabei hat es die historische Forschung in Bezug auf die Krefelder jüdische Gemeinde nicht einfach.

Die jüngere Vergangenheit der jüdischen Gemeinde Krefelds nach dem Zweiten Weltkrieg ist im Archiv der Gemeinde dokumentiert. Das bislang noch nicht für die wissenschaftliche Forschung erschlossene Material birgt auf den ersten Blick die üblichen Bündel von Verwaltungsvorgängen, darunter zahlreiche Unterlagen zur Buchhaltung und zum Rechnungswesen. Diese Dokumente geben wenig Aufschluss über die Führungspersonlichkeiten der Gemeinde, ihr Verhältnis zueinander und die Motive ihrer Handlungen. Jedoch sind im Archiv auch Vorgänge bewahrt, die weiterführende Hinweise zu den einfachen Gemeindegliedern enthalten, zu ihrer Verfolgungsgeschichte im Nationalsozialismus, zu Entschädigungs- und Rückerstattungsangelegenheiten sowie allgemein zur Situation von Juden in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Darüber hinaus lassen die Unterlagen bei genauer Auswertung durchaus tiefere Einblicke in die Gemeindeorganisation und den Nachkriegsalltag vermuten. Die weitgehend erhaltene Korrespondenz der Gemeinde, die so betitelten Allgemeinen Mappen, Grundstücks-, und Friedhofsakten seien hier als einige wichtige Quellengruppen nur beispielhaft genannt.¹

Die kleine Krefelder Gemeinde trat überregional nicht nachweisbar in Erscheinung. Der Landesverband der jüdischen Gemeinden im Rheinland sammelte Angaben für die Statistik, das Rechnungswesen und die Bilanzen.² Jüdische Zeitungen, Zeitschriften und

Mitteilungsblätter konnten wegen des dazu notwendigen Aufwandes für diesen Aufsatz leider nicht ausgewertet werden.

Aus den städtischen Akten, die im Krefelder Stadtarchiv lagern, lässt sich wenig entnehmen. Die meisten Informationen finden sich in den alten Meldekarten und Adressbüchern. Quellenwert hat die Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs. Aus der Lokalpresse lassen sich aber nur einige Daten rekonstruieren oder Hinweise auf vergangene Ereignisse finden. Aus diesen Gründen bleibt die mündliche Überlieferung eine wesentliche Quelle für die Geschichte der jüdischen Gemeinde – mit allen Einschränkungen, die für diese Überlieferungsform gelten.

1. Der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Als die amerikanischen Soldaten im März 1945 in Krefeld einrückten, befreiten sie viele Ausländer, die in Krefeld zur Arbeit gezwun-

gen worden waren, aber nur wenige jüdische Überlebende. Oft waren es jüdische Männer und Frauen, die mit Nicht-Juden verheiratet waren oder die Kinder aus interkonfessionellen Ehen. Auf der sogenannten Wannsee-Konferenz 1942 waren sie von der geplanten Ermordung aller Juden zunächst ausgenommen worden, da die NS-Regierung bei dieser stark integrierten Gruppe Unruhe und Widerspruch bis in die Mehrheitsgesellschaft fürchtete. In der Endphase im September 1944 aber nahm das Regime keine Rücksicht mehr auf verwandtschaftliche Bindungen und forderte auch die bisher „privilegierten“ Juden auf, sich zur Deportation einzufinden.

In der allgemeinen Desorganisation des sich nähernden Kriegsendes waren einige als „jüdisch“ klassifizierte Krefelderinnen und Krefelder in der Lage unterzutauchen, teils mit Unterstützung christlicher Verwandtschaft, in einem Einzelfall auch durch die praktische Hilfe einer völlig Fremden.³ So war zum Beispiel der erste Sprecher der Krefelder Juden nach der Befreiung, der Kaufmann Fritz Leven (1898 – 1962), mit der Katholikin Klara,



Abb. 1. Gottesdienst in Krefeld April 1945 mit amerikanischem Feldrabbiner Marvin (?) Goldfine und Edgar Gottschalk.

geborene Sillmanns verheiratet. Der September-Deportation 1944 konnte er sich entziehen. Die Monate bis zur Befreiung durch die amerikanischen Truppen verbrachte er in Krefeld im Versteck.

Ein Foto, das auf den April 1945 datiert ist, zeigt eine Gruppe amerikanischer jüdischer Soldaten und einen einzelnen deutschen Zivilisten. Es scheint in einer Feldsynagoge gemacht worden zu sein. Bildunterschriften, die von der Eröffnung einer neuen Synagoge in Krefeld sprechen,⁴ sind offensichtlich falsch, wenn man darunter ein neues Gebäude versteht. Zwischen den Soldaten steht ein Zivilist mit dunklem Hut. Es handelt sich um den aus Geilenkirchen stammenden Edgar Gottschalk. Seine Frau Antoinette und sein Sohn waren im Jahre 1942 nach Krefeld gezogen. Über Edgar Gottschalk ist bei der Anmeldung vermerkt worden, dass er in Stolberg wohnen würde.⁵ Tatsächlich versteckte er sich mit Hilfe seiner Frau und ihrer Verwandten in Krefeld. 1946 gingen er und seine Familie wieder nach Erkelenz zurück.

Neben den wenigen, die versteckt worden waren, gab es die etwas größere Gruppe derjenigen, die in Ghettos und Lagern überlebt hatten und im Laufe des Jahres 1945 in ihre Heimatstadt Krefeld zurückkehrten. Dies betraf vorwiegend Krefelderinnen und Krefelder, die im September 1944 tatsächlich noch deportiert worden waren. Sie waren 1944/45 auf teils verschlungenen Wegen fast alle in das Lager Theresienstadt gekommen, wo sie eine unsichere Überlebenschance hatten. Die Lebensbedingungen in Theresienstadt waren zwar fürchterlich,⁶ die Vernichtungsmaschinerie war durch die Kriegseinwirkungen jedoch ins Stocken geraten. In den letzten Monaten des Lagers Theresienstadt unterblieben die bisher üblichen Transporte nach Auschwitz-Birkenau. Seit dem Aufstand der Häftlinge im Oktober 1944 arbeiteten die Gaskammern von Birkenau nur noch teilweise, kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee im Januar 1945 wurde die letzte gesprengt. Nach der Befreiung von Ghetto und Lager Theresienstadt im Mai 1945 dauerte es noch einige Zeit, bis eine Rückkehr möglich wurde.⁷ Eine Typhus-Epidemie, der auch die Krefelderin Else Müller zum Opfer fiel, machte eine Quarantäne erforderlich.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde der 1950er Jahre, Ernst Kaufmann (1876 – 1961), gehörte wegen seiner katholischen Ehefrau Christine zu der Gruppe der „privilegierten“ Partner aus „Mischehen“. Auch er wurde allerdings im September 1944 doch noch erfasst. Sein Weg führte ihn in das Lager Theresienstadt und von dort aus nach Berlin. Obwohl er schon fast 70 Jahre alt war, überlebte er die Strapazen und wurde in Berlin befreit.

Die dritte Gruppe, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine neue jüdische Gemeinde in Krefeld mitbegründen half, waren die Ju-

den aus dem Osten Europas, vor allem aus Polen, aber auch aus Ungarn. Sie galten als „displaced persons“, die wegen der Nachkriegs-Grenzsetzungen und der allgemeinen politischen Entwicklung in ihren Heimatländern nicht mehr zurück konnten oder wollten.

Mit der alten Gemeinde, wie sie vor 1933 in Krefeld eine so wichtige Rolle spielte, hatte die neue Gemeinde nur noch wenig zu tun. Die emigrierten Krefelder hielten nicht über Krefeld Kontakt untereinander, sondern über ihren ehemaligen Rabbiner Dr. Arthur Bluhm (1899 – 1964).⁸ Dr. Bluhm war nach seiner Haft in Dachau 1938 über die Niederlande in die Vereinigten Staaten von Amerika geflohen. 1941 hatte der Gemeinderat ihn zum Rabbiner des B'nai Israel Tempels in Amarillo/Texas berufen. Nicht wenige der wie „Artie“ Amerikaner gewordenen Krefelder standen in brieflichem Kontakt zu ihm, einige besuchten die Bluhms auch in Texas. Der erste Junge, den Dr. Bluhm nach seinem Amtsbeginn 1927 in Krefeld in die Gemeinde eingeführt hatte, Rolf Gompertz, wurde von ihm in Amerika getraut. Rolf Gompertz war es dann, der bei der Trauerfeier für Dr. Bluhm die Rede hielt.

Die neue Krefelder Gemeinde konsolidierte sich unterdessen bei etwa 100 Mitgliedern. Aus dem Jahre 1947 ist eine Liste mit 109 Gemeindeangehörigen vorhanden. Danach hatten nur 58 ihren Wohnsitz in Krefeld (einschließlich Hüls), denn die Organisation umfasste das Gebiet des ländlichen linken Niederrheins – im Norden bis nach Geldern und Kleve, im Süden bis nach Osterath. Von den in Krefeld Wohnenden hatten mindestens 33 schon vor 1945 einen Wohnsitz in der Stadt gehabt. Man traf sich zunächst in einem Raum in dem Haus Bismarckstraße 118. Es hatte lange Jahre der Familie Königsberger gehört, deren letzter Vertreter in Krefeld, Hugo Königsberger, 1942 nach Theresienstadt deportiert worden war. Nach dem Krieg war es zunächst „jüdischer Besitz“, bis die Erben ihre Rechte geltend machen konnten. Diese Anschrift war von 1950 bis 1964 die offizielle Adresse der jüdischen Gemeinde Krefelds. In dem Haus wohnte Fritz Leven, der die Gemeindeangelegenheiten regelte. Als „Leiter der Synagogengemeinde“ wurde in den Adressbüchern von 1950 bis 1956/57 der bereits erwähnte Ernst Kaufmann aufgeführt, 1958/59 ließ er sich als „Leiter der Synagogengemeinde i. R.“ bezeichnen.

Nach dem Krieg war die jüdische Gemeinde die erste Anlaufstelle für die Rückkehrer, deren Leben völlig neu zu regeln war. Angehörige der Deportierten forschten nach dem Schicksal ihrer Familien. Auswanderungswillige suchten Hilfe bei der Zusammenstellung von Beglaubigungen, Erlaubnissen und sonstigen Papieren. Es muss in den ersten Jahren eine recht große Fluktuation gegeben haben. Schon vor einer Konsolidierung war die Gemeinschaft Ansprechpartnerin für die

Behörden, die zunächst unter alliierter Oberaufsicht die Belange der zerstörten Vorkriegsgemeinden regeln mussten. Es ging um den Erhalt der jüdischen Friedhöfe,⁹ aber auch um Ansprüche auf das vom Staat enteignete Gemeindevermögen, einschließlich der Grundstücke z.B. der Krefelder Synagogen. Als Eigentümer galt allerdings nicht die Krefelder Gemeinde, sondern der Landesverband.

Ernst Kaufmann starb 1961; Fritz Leven, der wesentlich jünger gewesen war, im November 1962. In einem Zeitungsartikel von 1963 wird Max Davids als Gemeindevorsteher erwähnt. Diese einzelne Angabe ist ansonsten nicht bestätigt. Wenn er tatsächlich Gemeindevorsteher war, kann sich das nur um eine Interimslösung gehandelt haben.

In der Zeit zwischen 1945 und 1964 saßen die Juden in Krefeld buchstäblich auf gepackten Koffern. Sie lebten in der Angst einer weiteren Verfolgung und mit dem schlechten Gewissen, im Land ihrer Mörder geblieben zu sein. Viele trugen sich mit dem Gedanken, in die USA, nach Kanada oder nach Israel auszuwandern, was letztendlich nur wenige taten. Dem Theresienstadt-Überlebenden Werner Gabelin und seiner Familie wurde beispielsweise die Erlaubnis zur Einwanderung in die USA verweigert. Seine damalige Frau erinnerte sich daran, dass die Familie in Krefeld die wenigen Habseligkeiten verkauft hatte und sehr lange in einem Auswandererlager festsaß. Alle anderen verließen nach und nach das Übergangsquartier, nur die Gabelins nicht. Wahrscheinlich scheiterte die Auswanderung in die Vereinigten Staaten, weil Werner Gabelin auf dem amerikanischen Fragebogen wahrheitsgemäß angegeben hatte, Kommunist zu sein.

Aus dieser offenen Situation ist zu erklären, dass ein wirkliches jüdisches Gemeindeleben in Krefeld in den 1950er Jahren nicht existierte. Gottesdienste fanden in Krefeld nicht statt. Zu den hohen Feiertagen im Herbst (Rosh-ha-Schana und Jom-Kippur, bzw. Neujahr und Versöhnungstag) mieteten die Gemeindeglieder einen Bus, um zum Gottesdienst der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf zu fahren. Der Religionsunterricht für die wenigen Kinder wurde von so genannten Wanderlehrern wahrgenommen. Die erste Lehrerin war die bei den Kindern wegen ihrer Freundlichkeit beliebte Frau Oesterreich¹⁰ – später an der Jüdischen Schule in München tätig. Sie unterrichtete an einem Nachmittag in den Räumen einer städtischen Volksschule. Die weiteren Nachmittage lehrte sie in Aachen, Mönchengladbach und Bonn.

Die Bar-Mitzwah der ersten mit 13 Jahren religionsmündig gewordenen Krefelder Jungen fand in Düsseldorf statt. In den Jahren 1961 und 1962 wurden sie auf das erste gemeinde-öffentliche Vorlesen aus der Torah von dem Landesrabbiner Dr. Ludwig Salomonowicz vorbereitet. Für einige Feiern – wie Purim und

wurzelt und hatte die nationalsozialistische Verfolgung nicht erlitten.

Die Erinnerung an die belastete Vergangenheit blieb allerdings fester Bestandteil seines Amtes. 1987 kam es zu einer großen Zusammenkunft der aus Krefeld vertriebenen Juden. Eingeladen hatten die Stadt Krefeld und ein Initiativkreis, der wesentlich durch Mitglieder der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit getragen wurde. Die christlichen Kirchen engagierten sich. Namentlich Norbert Heinrichs brachte – neben seinem religiösem Wissen und seiner Zugewandtheit zum Staat Israel – das organisatorische Know-how aus seiner Tätigkeit in der Katholischen Regionalstelle mit ein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Krefeld leisteten außerordentliches. Der junge Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, der um das Gelingen der Einladung lange gebangt hatte, war bei der Eröffnungsveranstaltung im Krefelder Hof sichtlich bewegt. Er bezeichnete den Besuch der aus Krefeld vertriebenen Juden als eine der schwierigsten Episoden seiner Amtszeit, wurde aber von den Gästen, die aus dem Programm ein Familientreffen machten, in ihrer Mitte aufgenommen.¹⁴

1988 fand ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Novemberpogroms statt.

4. Unerwarteter Neuzugang

Als Johann Schwarz 1981 sein Amt angetreten hatte, konnte er davon ausgehen, dass das Haus wohlbestellt war und die Tätigkeit für die Gemeinde sich in einem überschaubaren Rahmen bewegen würde. Die politische Gesamtentwicklung ging allerdings in eine nicht vorhersehbare Richtung. Die langsame

Aufweichung des politischen Blocksystems in Europa brachte den jüdischen Gemeinden in Deutschland unerwarteten Zuwachs. Schon in der Endphase der DDR im letzten Halbjahr des Jahres 1989 begannen Juden aus der Sowjetunion über Ostberlin in die alte Bundesrepublik einzureisen. Dieser unregelmäßige Zuzug fand im Januar 1991 eine gesetzliche Regelung. Danach sollte jedes Jahr ein Kontingent von 20 000 Personen die Erlaubnis zur Einreise erhalten, wenn sie nach den sowjetischen Personalstandsangaben jüdischer Nationalität waren oder von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammten. Ausländerrechtlich wurden sie anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Von 1990 bis 2000 kamen 137 000 jüdische Einwanderer aus der Ukraine, Russland, dem Baltikum, Weißrussland und Moldawien nach Deutschland.

Die Krefelder Gemeindegliederung innerhalb eines Jahrzehntes von 130 Personen auf 1 100, und diese Tendenz ist weiterhin steigend. Mit den Einwanderern kamen auch wieder junge Leute, die Familien gründeten und Kinder bekamen. Zwangsläufig änderte sich die Aufgabenstellung. Im Vordergrund stand die Aufnahme, die Betreuung und Integration der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Angesichts der Zahlenverhältnisse zwischen den Alteingesessenen und den Neuankömmlingen musste sich die Gemeinschaft neu organisieren – ein Prozess, der in den nächsten Jahren anhalten wird. Für den ehrenamtlichen Gemeindevorstand war dieses nur im Kollektiv zu bewältigen. Der Vorsitzende Johann Schwarz blieb in seiner Position und Michael Gilad trat an seine Seite. Johann Schwarz war seit 1990 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein. Welche Bedeutung die Krefelder Gemeinde nun innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland erlangte, zeigte

sich durch die Wahl von Johann Schwarz in das Präsidium des Zentralrates der Juden in Deutschland im Jahre 1999.

Die Räume an der Wiedstraße wurden in den 1990er Jahren zu klein für die größer werdende Gemeinde und ihren neuen Bedarf. Der Betraum ermöglichte nur einem Teil der Gemeindeglieder die Teilnahme an religiösen Feiern. Die Versammlungsräume reichten nicht für die Betreuung von Kindern, für den Unterricht, den Seniorenclub, den Chor und für geselliges Beisammensein. Das Raumproblem wurde schnell drängend und war nur durch eine große Lösung zu beheben. Sie wurde mit der Idee, das Industriebautenensemble an der Wiedstraße in einen Komplex mit neuer Synagoge im Innenbereich und Räumen für die Gemeinde und zur Begegnung in der alten Bausubstanz umzuwandeln, gefunden.

Das räumlich und finanziell eingeschränkte Bauprojekt¹⁵ erwies sich, wie jedes Unternehmen dieser Art, als tückisch. Dass der Gottesdienst auf der Baustelle zeitweise unmöglich wurde, war nur das kleinere Übel – die in der Nähe liegende Villa Merländer konnte eine Notlösung anbieten. Der Um- und Neubau benötigte einen Förderkreis. Die Dr. Isidor-Hirschfelder-Stiftung fand in dem Rechtsanwalt Kurt Kähler einen ehrenamtlichen Geschäftsführer, der sich große Verdienste um das ganze Projekt erwarb. Ferner benötigte man zwei Architekten – Dirk Jost und Klaus Reymann – um zu einer Vollendung zu kommen. In guter Krefelder Tradition – auch beim Neubau der Synagoge an der Petersstraße hatte es 1853 Spenden aus der Bevölkerung gegeben – beteiligten sich auch nicht-jüdische Krefelder an dem Synagogenneubau und an der Ausstattung der Synagoge. Der Thoraschrein des Künstlers Christoph Wilmsen-Wegmann (Kalkar) wurde beispielsweise



Abb. 3. Bei der Gedenkfeier zum Novemberpogrom 1988 (Bildausschnitt). Von links Oberkreisdirektor Müller, Oberstadtdirektor Steffens, Zygmund Spiegel, Helmut Starck.

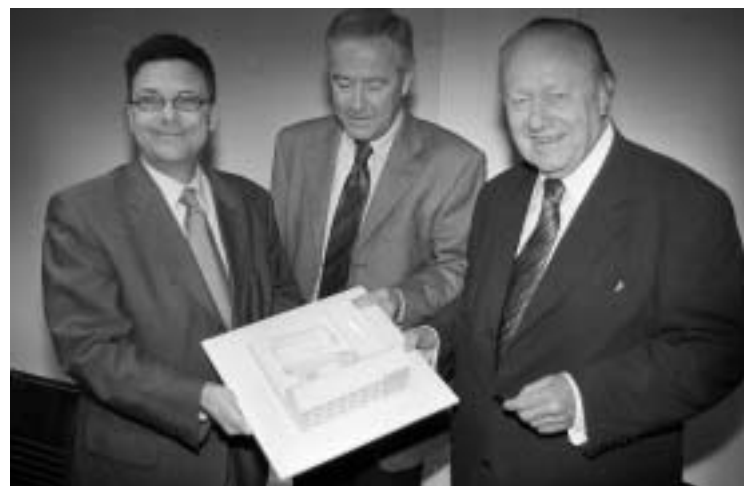


Abb. 4. Vorstellung der Pläne zum Synagogenneubau am 19. November 2003; von links Johann Schwarz, Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, Rechtsanwalt Kurt Kähler.

mit Hilfe der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gebaut. Für eine neue Thorarolle wurde innerhalb christlicher Gemeinden gesammelt.

Ein besonders schönes Symbol für das Anknüpfen an die deutsch-jüdische Tradition in Krefeld sind jedoch die drei Fenster, die über dem Eingangsbereich eingesetzt wurden. Es handelt sich um Zweitausfertigungen von Entwürfen des Glaskünstlers Johan Thorn Prikker, die dieser für die Synagoge an der Petersstraße gefertigt hatte. Die Originale waren in den 1930er Jahren zerstört worden, die Entwürfe blieben jedoch im künstlerischen Nachlass Thorn Prikkers in den Krefelder Kunstmuseen erhalten.¹⁶ Der Villa Merländer e.V. – Förderverein der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld – und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hatten anlässlich des 150. Jubiläums der Einweihung der bedeutenden Synagoge an der Petersstraße zu Spenden für die Neuausfertigung der Glasarbeit aufgerufen. Die Summe für ein erstes Fenster kam dann durch eine sehr großzügige Spende schneller zusammen als gedacht. Bemerkenswert ist, dass viele Menschen mit weniger finanziellen Mitteln ihr Wohlwollen für die jüdische Gemeinde mit kleinen Beiträgen für das Kunstwerk zum Ausdruck brachten. Dies ist ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Anmerkungen

¹ Mit Dank an Dr. Nicola Wenge für die Hinweise, die die noch unverzeichneten Akten im Rahmen eines Ausstellungsprojektes zur Geschichte des Judentums zwischen Rhein und Maas seit dem 18. Jahrhundert sichtete.

² Im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland in Heidelberg finden sich unter dem Suchwort Krefeld nur einige Einträge in der Rubrik „Verschiedenes“ bei den Akten des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Nordrhein (1945 – 1981).

³ Anna Tervoort wurde für diese selbstlose Tat 1995 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Außerdem erhielt sie den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“.

⁴ So die Unterschrift „Lachende Gesichter, die Amerikaner als Befreier: Die erste Synagoge in Krefeld wird wieder in Gebrauch gestellt“ in der Aachener Volkszeitung vom 31. Dezember 1975. Mit Dank an Hubert Rütten für den Hinweis. Der spätere US-Außenminister Henry Kissinger, März bis Mai 1945 in Krefeld stationiert, ist möglicherweise zugegen gewesen, auf diesem Foto ist er definitiv nicht abgebildet. Eine Kopie des Fotos befindet sich im Holocaust Center of Northern California in San Francisco, von dort stammt die hier verwendete Kopie. Das Original ist wahrscheinlich von einem Armeefotografen des Signal Corps gemacht worden. Es konnte nicht ermittelt werden.

⁵ Meldekarte von Antoinette Gottschalk im Stadtarchiv Krefeld.

⁶ Nachzulesen in dem von Ingrid Schupetta aufgezeichnetem und überarbeitetem Erinnerungsbericht „Dazu tun zum Überleben konnte man überhaupt nichts“ – Biographische Skizze Lore Gabelin, in: Theresienstädter Quellen und Dokumente 1995, Prag 1995, S. 194 – 200.

⁷ Auf Geheiß der Besatzungsbehörde schickten die Städte Mönchengladbach und Krefeld gemeinsam einen

Bus, um die Deportierten aus Theresienstadt abzuholen. Dokument im Stadtarchiv Krefeld.

⁸ Dies ist unter anderem dem Nachlass Dr. Arthur Bluhms zu entnehmen, der – wie der seines Amtsvorgängers Dr. Joseph Levi – im Leo Baeck Institut in New York aufbewahrt wird. Leo Baeck war einer der Lehrer Arthur Bluhms im Rabbinerseminar in Berlin.

⁹ So zum Beispiel die Sicherstellung der noch erhaltenen Steine des Friedhofes an der Heideckstraße. Vgl. Günther Janß, Die Restaurierung des jüdischen Friedhofes an der Alten Gladbacher Straße. Szenen Krefelder Nachkriegsgeschichte, in: Die Heimat 69 (1998), S. 118 – 127.

¹⁰ Vorname und Lebensdaten waren leider nicht zu ermitteln.

¹¹ Elemer Schwarz, Die Jüdische Gemeinde, in: Krefeld von A-Z, Stadtbürgerliche Briefe für die Jugend, Hg. Schuldezernent der Stadt Krefeld, Nr. 98, Mai 1965.

¹² Die Heimat 44 (1977), S. 29.

¹³ Siehe hierzu. Helmut Starck, Die Entstehung und Entwicklung der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit. Aus der Ansprache zum 20-jährigen Bestehen am 17. Januar 1999 im Papst-Johannes-Haus, Krefeld, in: Die Heimat 70 (1999), S. 89 ff.

¹⁴ Siehe auch Renate Starck, Krefelder Juden berichten von ihrem Leben, in: Die Heimat 59 (1988), S. 26-39. Das Presseamt der Stadt Krefeld stellte eine Video-Aufzeichnung des Besuches zusammen. Eine Kopie befindet sich im Bestand der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld.

¹⁵ Die Stadt Krefeld stellte den Baugrund zur Verfügung und auch das Land bewilligte Fördermittel, trotzdem hatte die Gemeinde einen erheblichen Eigenanteil aufzubringen.

¹⁶ Titelbild der Heimat Ausgabe 2003.

Kabinettkriege und Friedensideen im Jahrhundert der Aufklärung

von Wilhelm Janssen¹

Die heutige Gedenkveranstaltung bringt den Vortragenden in eine gewisse Verlegenheit. Zum einen ist die festliche Erinnerung an hervorragende Kriegsergebnisse, an Schlachten zumal, hierzulande überhaupt außer Mode gekommen. Zum anderen ist nicht ganz klar, was an der Schlacht bei Krefeld bzw. an der Hückelsmay am 23. Juni 1758 zu feiern ist; denn der militärische Erfolg der sogenannten Verbündeten über die französische Armee blieb ohne nachhaltige Folgen, keine zwei Monate später war die strategische Situation die gleiche wie zuvor. Will man das Gedenken aber nicht auf den errungenen, letztlich folgenlosen Sieg richten, sondern auf die Opfer,

die er gekostet hat, so hielten sich die beiderseitigen Verluste – gemessen an den späteren Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts und auch im Vergleich mit den Schlachten vom Anfang des 18. Jahrhunderts – in jenen Grenzen, die kein herausgehobenes Andenken rechtfertigen, wenn man sie aus dem Blickwinkel der Statistik und nicht der bitteren Einzelschicksale betrachtet. Und schließlich: Ob man den Ausgang der Schlacht als Sieg oder als Niederlage bewerten wollte, bemaß sich daran, auf welcher Seite der Front man Position bezogen hatte oder sich einfach wiederfand; und in dieser Hinsicht war gerade in dem Gebiet, auf dem die Schlacht geschla-

gen wurde, die Situation äußerst zweideutig. Was für die betroffenen Zeitgenossen galt, gilt auch für das rückschauende historische Urteil.

Von Verlegenheiten dieser Art waren die Leute nicht angefochten, die 100 Jahre später, 1858, dem siegreichen Feldherrn dieser Schlacht, Herzog Ferdinand von Braunschweig-Lüneburg, General und Schwager des Preußenkönigs Friedrich II. ein Erinnerungsdenkmal setzten. Sie standen noch unter dem Eindruck der französischen Besetzung und Annexion des linken Rheinuferes in den Jahren 1794–1813 und im Banne eines

borussisch geprägten Nationalbewusstseins, das in dieser Form keineswegs typisch für das ganze Rheinland war.

Obwohl der zuständige Landrat als staatliche Aufsichtsbehörde schon im Vorfeld – Böses ahnend – darauf gedrungen hatte, „dass ungeachtet des freien Aufschwungs patriotischer Erinnerungen und Gefühle etwaigen verletzenden und provokatorischen Äußerungen der französischen Nation gegenüber vorgebeugt werde“, legte bei der Einweihung des Denkmals der Festredner den Akzent auf das Verdienst des Herzogs von Braunschweig, „das westliche Deutschland, dessen Boden der Reichsfeind so oft unberechtigt betreten, von diesem zu säubern.“ Den Reichsfeind zu benennen, erübrigte sich.

Es war dies eine Einschätzung und Würdigung, die aus einer völlig veränderten politischen Erfahrungs- und Bewusstseinslage heraus in die Vergangenheit zurückprojiziert wurde und diese arg verfälschte. Denn 1758 war nicht Frankreich, sondern Preußen der Reichsfeind; Frankreich hingegen war mit Österreich und dem Reich verbündet, ja sogar eigener diplomatischer Behauptung nach „allein zur Rettung des deutschen Reiches gekommen“. Demgemäß sprach man 1761 in Wien davon, dass der König von Preußen „auf Engelländische Kosten gegen Frankreich und Teutschland“ Krieg führe. Frankreich agierte gegen Preußen und damit auch gegen dessen westliche Territorien lediglich als Hilfsmacht an der Seite Österreichs und des Reiches, befand sich aber mit Preußen selbst nicht im erklärten Kriegszustand. Offiziell Krieg führte Frankreich gegen England und das mit diesem in Personalunion verbundene Hannover. Um Hannover zu besetzen und damit ein Faustpfand gegen England, dem es im nordamerikanischen Kolonialkrieg nicht gewachsen war, in die Hand zu bekommen – und nicht zur Rettung des Reiches – war Frankreich auf Reichsboden vorgedrungen. Umgekehrt lagen auch Österreich und England/Hannover nicht förmlich im Krieg miteinander. Es waren eben zwei Kriege, die im sogenannten Siebenjährigen Krieg nebeneinander herliefen: der – wie es in einer Wiener Lageanalyse von 1761 hieß – „Preußische“ und der „Hannöversche“; der eine spielte sich im Osten, der andere im Westen Deutschlands ab (Der überseeische Kriegsschauplatz lag außerhalb des politischen Horizonts der Wiener Hofburg). Hier am Niederrhein, wo die preußischen Territorien für fast sieben Jahre unter österreichische Zivil- und französische Militärverwaltung kamen und wo das mit Frankreich verbündete Kurköln der französischen Armee als Aufmarschraum für den mehrfach misslungenen Vorstoß nach Hannover diente, griffen beide Kriege ineinander.

Der Unterschied zwischen den Territorien, die für die Franzosen entweder Freundes- oder aber Feindesland waren und die in dieser Ge-

gend hier eng beieinander lagen, wird übrigens auch in den Klagen der Zivilbevölkerung über die – den Rahmen des Üblichen keineswegs überschreitenden – Disziplinlosigkeiten der Soldaten spürbar; im Moersischen und Klevischen beschwerte man sich vor allem über die Franzosen, im Kurkölnischen über die Hannöverschen. Die Benennung „Hannöversche“ ist übrigens exakt, denn in der Armee des Herzogs von Braunschweig befanden sich außer ihm selbst als kommandierendem General und einigen Kavallerieschwadronen keine weiteren preußischen Truppen; die wurden dringend im Osten gebraucht und sollten nicht im Westen verschwendet werden. Denn Friedrich schätzte die westlichen Landesteile seiner Monarchie nicht sonderlich hoch; vor allem mochte er die Klever nicht. Er hat diese Lande deshalb in der für ihn kritischen Lage nach der verlorenen Schlacht bei Kunersdorf (1759) zeitweise als eine Art Dispositionsmasse betrachtet, mit deren Preisgabe er den Kopf aus der Schlinge ziehen wollte – ganz in der Manier des mit dem Typus des Kabinettskrieges eng verwobenen dynastischen Länderschachers, der sich um die Wünsche und Präferenzen der jeweiligen Landesbewohner nicht kümmerte.

Die blutigen Schlachten, die ruinösen Ausplünderungen und Verwüstungen durch fortwährende Truppendurchzüge, die sich als Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung auswirkenden drückenden Kosten einer steten Kriegsbereitschaft durch den Unterhalt großer stehender Heere – dies alles unter Missachtung der Bevölkerungsinteressen einzig zur Befriedigung der Machtambitionen und Ruhmsucht selbstherrlicher Potentaten: sie provozierten in Kreisen der aufgeklärten Denker und Literaten des 18. Jahrhunderts die Frage, ob dieses im Wechselspiel von Kriegführung und Friedensschluss immer neu justierte Machtgleichgewicht unter den Staaten Europas nicht ersetzt werden könne durch ein System der Staatenbeziehungen, in dem Kriege als im Widerspruch zur Menschheit bzw. Menschlichkeit (humanité) stehend keinen Platz mehr hätten. Der historisch überkommene ewige Krieg, in dem die sogenannten Friedensschlüsse nichts weiter als bloße Waffenstillstände darstellten, sollte durch einen ewigen Frieden abgelöst werden – den Frieden, den man in Übereinstimmung mit der alten Naturrechtslehre als den der Vernunft gemäßen und deshalb dem Menschen allein angemessenen Zustand der politischen und sozialen Ordnung definierte.

Hatte man kriegerische Störungen dieses (theoretisch angenommenen) friedlichen Normalzustandes bislang teuflischen Einflüsterungen oder in säkularisierter Abwandlung einer angeborenen Bosheit des Menschengeschlechts zugeschrieben und insofern als in der Weltordnung begründet hingenommen, so glaubte die kritische Gesellschaftsphilosophie der Aufklärung, der französischen Aufklärung, von der Voraus-

setzung ausgehend, dass der Mensch von Natur aus gut sei, falsche und schlechte soziale und politische Institutionen als Kriegsursachen ausfindig gemacht zu haben; sie diagnostizierte den absoluten Fürstenstaat ihrer Zeit als den eigentlichen und ausschließlichen Kriegsgrund. „Der Geist der Monarchie ist Krieg und Vergrößerungssucht, der Geist der Republik ist Friede und Mäßigung“. So schrieb Montesquieu 1743. Mit Republik war eine durch Gewaltenteilung charakterisierte Staatsform gemeint, an der die Staatsbürger in unterschiedlicher, nicht unbedingt demokratisch egalitärer Weise partizipierten; die Monarchie dagegen zeichnete sich durch ein Gewaltmonopol in der Hand des fürstlichen Souveräns aus, der insofern in seiner Person allein den Staat ausmachte – wenigstens der Theorie nach.

Zusammen mit dem monarchischen Staat diskreditierte die Aufklärungsphilosophie auch den garantierten inneren Staatsfrieden, der bis dahin als die wesentliche Leistung des neuzeitlichen Staates nach Überwindung des feudalen Fehdewesens und der konfessionellen Bürgerkriege des 16./17. Jahrhunderts gegolten hatte; sie diskreditierte diesen inneren Frieden der öffentlichen Ruhe und Sicherheit als despotische Unterdrückung. Wenn man wie die Aufklärer die Menschheit als Ganzes im Blick hatte, konnte man es in der Tat nicht akzeptieren, dass die jeweilige Staatsgrenze einen inneren Raum des bürgerlichen Friedens und der Sicherheit von einem äußeren Bereich des Krieges und der Unsicherheit trennte. In diesem Bereich herrschte – wie es der englische Staatsdenker des 17. Jahrhunderts Thomas Hobbes ausführte – der nur innerhalb der Staaten, nicht zwischen ihnen, überwundene Naturzustand, und der war Hobbes zufolge vom Krieg aller gegen alle bestimmt; in ihm gab allein die Nützlichkeit, die Staatsräson, den Maßstab für das Handeln ab.

Die Friedensprojekte des 18. Jahrhunderts zielten deshalb auf eine internationale Ordnung, die einen dauernden zwischenstaatlichen Friedenszustand ohne ein übergreifendes staatsförmiges Gewaltmonopol (Stichwort: Weltstaat) herbeiführen sollte. Dabei lag den Überlegungen die unbestrittene Überzeugung zugrunde, der Jean Jacques Rousseau am prägnantesten Ausdruck gegeben hat, nämlich dass der Krieg eine Beziehung zwischen Staaten, nicht zwischen Menschen darstelle.

An dem von den französischen Denkern angestoßenen Friedensdiskurs beteiligte sich auch die herausragende Figur des Siebenjährigen Krieges, König Friedrich II. der Große von Preußen, nach Lebenshaltung, Geisteskultur und Sprache ein Franzose, nach politischer Konzeption und Herrschaftsstil ein Preuße, allenfalls der Abstammung, nicht dem Bekenntnis nach ein Deutscher. Er hatte als Kronprinz in einer gegen Machiavellis

Buch vom Fürsten gerichteten Abhandlung die darin enthaltenen Ratschläge für einen auf Machterhalt und Machterweiterung zielenden bedenkenlosen Staatsegoismus mit verbaler Entrüstung zurückgewiesen, die Gerechtigkeit und nicht die Nützlichkeit als die für den Staatslenker verbindliche Orientierungsmarke betont und die alte Lehre von der moralischen Erlaubtheit nur eines gerechten Krieges propagiert; allerdings war es bei der Diskussion gerechter Kriegsgründe schon nicht ohne Zweideutigkeiten abgegangen.

Als im Jahre seines Regierungsantritts, 1740, sein Büchlein von Voltaire zum Druck gebracht wurde, strafte er zur Verblüffung der Öffentlichkeit die darin vertretenen Grundsätze Lügen, indem er gegen Österreich einen auf den Erwerb Schlesiens gerichteten nackten Eroberungskrieg vom Zaune brach, dem er erst geraume Zeit später vorgeschobene Erbansprüche als fadenscheinigen Rechtsgrund nachschob, um wenigstens der Form nach dem offiziellen Moralkodex der Zeit Genüge zu tun. Insofern bestätigte er in der eigenen fürstlichen Person, der man eben nicht nur die Neigung zu philosophischer Reflexion, sondern gleichermaßen „Passion und Talent zum Kriegführen“ zuerkannte, die strukturelle Affinität des monarchischen Absolutismus zu Krieg und Expansion, die in den kritischen Blick der intellektuellen Eliten geraten war. Die zwingende Schlussfolgerung aus der Friedensdiskussion des Zeitalters, die eine Umwandlung der bestehenden Monarchien in Republiken notfalls durch einen revolutionären Bürgerkrieg forderte, hat am unverblümtesten der 1785 gestorbene Abbé de Mably gezogen, insofern er den Bürgerkrieg, den Blaise Pascal im 17. Jahrhundert noch als das allergrößte Übel qualifiziert hatte, als etwas Gutes, eine Wohltat bezeichnete, wenn ohne ihn die Gesellschaft im Würgegriff des Despotismus zugrunde gehe. Friedrich II. hat diesen Bruch, diese Kehre in der Entwicklung des neuzeitlichen Friedensgedankens durchaus zur Kenntnis genommen, jedoch als politisch unwirksame Geistesübungen eines realitätsfernen Intellektualismus abgetan. Er sollte sich irren!

Die französische Revolution läutete das Ende der absoluten Monarchien und der Kabinettskriege in Europa ein. Aber statt eines letzten staatenübergreifenden Weltbürgerkrieges der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der freiheitsliebenden Völker gegen die Despoten, der Hütten gegen die Paläste, der die Bedingungen für einen kommenden dauernden Friedenszustand schaffen sollte, entstand aus der an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gegebenen historischen Situation ein neuer Kriegstypus, der Nationalkrieg, in dem die Soldaten nicht mehr wie in den Kriegen zuvor geworbene oder gepresste Söldner waren, denen es letztlich gleichgültig war und gleichgültig zu sein hatte, für welche Seite sie kämpften, sondern Staatsbürger, die sich mit dem Staat und

der Sache, für die sie in den Krieg zogen, identifizierten oder jedenfalls auf eine solche Identifikation propagandistisch eingestimmt wurden. Und dies gelang am wirkungsvollsten durch die Schaffung von Feindbildern. Aus einer solchen Bewusstseinshaltung heraus sind 1858 das Denkmal errichtet und die Einweihungsfeier inszeniert worden; beides hat deshalb das Schlachtereignis vom Juni 1758 in seinen historisch faktischen wie mentalen Voraussetzungen und Begleitumständen gründlich verfehlt.

Das Ende der Kabinettskriege, bei denen der Monarch allein nach Gutdünken über Krieg und Frieden entschieden hatte, bedeutete also nicht das Ende der Kriege schlechthin, wie ein großer Teil der Aufklärer erhofft hatte. Denn weiterhin galt in Völkerrechtpraxis wie internationalen Beziehungen der Krieg als eine legitime und legale Form zwischenstaatlichen Umgangs, als – wie Carl von Clausewitz es ausdrückte – „eine Fortsetzung der Politik, eine Durchführung derselben mit anderen Mitteln.“ Philosophische und praktische Bemühungen um die Errichtung eines Staatensystems bzw. einer organisierten Weltgemeinschaft, die einen unkriegerischen Austrag von Konflikten ermöglichen sollten, ließen deshalb nicht nach, obwohl sie jetzt zunehmend mit bellizistischen Theorien und Überzeugungen zu kämpfen hatten, die den Krieg als Motor des Kulturfortschritts, als kräftigendes Reinigungsbad der Völker oder gar – mit sozialdarwinistischem Zungenschlag – als unerbittlichen Richter zwischen starken und schwachen, aufstrebenden und niedergehenden Nationen hochschätzten und für unverzichtbar, naturnotwendig erklärten – eine gemeineuropäische Denkkrichtung, die sich in Deutschland aber besonders kräftig entwickeln konnte. Die weiterwirkenden pazifistischen Tendenzen knüpften vor allem an das letzte Projekt an, das die Friedensdiskussion des Aufklärungszeitalters hervorgerufen hat: Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1797.

Im Unterschied zu seinen französischen Vorläufern ging Kant nicht davon aus, dass sich ewiger Friede von selbst einstellen werde, wenn erst die Deformationen beseitigt waren, die gesellschaftliche Fehlentwicklungen der Menschennatur zugefügt hatten; er war vielmehr der Überzeugung, dass der ewige Friede hergestellt, „gestiftet“ werden müsse, und zwar als ein unabdingbares, keine Ausflüchte duldendes Vernunftgebot. Friede galt ihm, der wohl einem eher pessimistischen Menschenbild anhing, nicht als Ausfluss einer zum Guten geneigten Menschennatur, sondern als eine hart zu erarbeitende Kulturleistung. Die Befolgung dieses zum Frieden verpflichtenden Imperativs der Vernunft schien ihm unter drei Prämissen möglich, die er in seiner wie ein zeitüblicher Friedensvertrag aufgebauten Schrift als Definitivartikel bezeichnete: 1. Eine republikanische Staats-

verfassung in allen Staaten; 2. ein freiwilliger föderativer Zusammenschluss dieser auch weiterhin souveränen Republiken, 3. ein Gastrecht jedes Staatsangehörigen in jedem anderen Staat, oder, mit Kants eigenen Worten: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.“ Also: Keine monokratisch regierten Staatswesen; kein Weltstaat, sondern eine Staatenverbindung bzw. Staatenunion; keine Abschaffung gesonderter Staatsbürgerrechte.

Wenn man statt der ganzen Welt nur Europa in den Blick nimmt, wie es Kant wenn nicht theoretisch, so doch praktisch auch getan hat, dann sind seine als Definitivartikel formulierten Forderungen inzwischen – nach anderthalb Jahrhunderten selbsterstörerischer Kriege – weitgehend Realität geworden, gewiss nicht in Umsetzung seines konzeptionellen Vorgriffs, sondern aus der politischen Logik der Selbstbehauptung in einer Welt, in der Europa seine einstmals führende Rolle längst verloren hat. Bestrebungen, die europäische Staatenunion über eine zunehmende Integration hinaus auf einen Gesamtstaat hin weiterzuentwickeln, sind bislang abgeblockt worden, nicht zur Freude aller Europäer, sicherlich aber zur Genugtuung des nüchternen Immanuel Kant. Wir dürfen darauf vertrauen, dass uns diese Union weiterhin Staaten- und Nationalkriege herkömmlichen Stils in Europa ersparen wird. Ob sie gefeit ist gegen kriegerische Verwicklungen eines anderen, ungewohnten Typs, die in ihrem Innern entstehen oder von außen an sie herangetragen werden können, wird die Zukunft lehren.

Literaturhinweise

Max Braubach, Politik und Kriegführung am Niederrhein während des Siebenjährigen Krieges, in: Düsseldorfser Jahrbuch 48 (1956), S. 65-103

Horst Carl, Okkupation und Regionalismus – Die preußischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg, Mainz 1993

Dieter Hangebruch, Die preußische Herrschaft 1702–1794, in: Krefeld. Die Geschichte der Stadt, Bd. 2, Krefeld 2000, S. 156-180

Wilhelm Janssen, „Friede“ und „Krieg“, in: Historische Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 543-591, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 567-615

Ann-Kathrin Küsters, 250 Jahre Schlacht – 150 Jahre Denkmal an der Hückelsmay, in: Der Forstwald 37 (2008), S. 31-40

Johannes Kunisch, Friedensidee und Kriegshandwerk im Zeitalter der Aufklärung, in: Der Staat 27 (1988), S. 547-568

Derselbe, das „Puppenwerk“ der stehenden Heere. Ein Beitrag zur Neueinschätzung von Soldatenstand und Krieg in der Spätaufklärung, in: Zeitschrift für Historische Forschung 17 (1990), S. 49-83

Derselbe, Friedrich der Große: Der König und seine Zeit, München 2004

Theodor Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Berlin 1986

Edgar Wolfrum, Krieg und Frieden in der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2003.

Anmerkung

¹ Vortrag bei der Gedenkveranstaltung zum 250. Jahrestag der Schlacht an der Hückelsmay (23. Juni 1758) am 8. Juni 2008.